

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Corona: Günther scheitert erneut an seiner Großspurigkeit
- Werften: Günther muss sich effektiver für unsere Werften einsetzen
- Tourismus: Der Binnenlandtourismus braucht zusätzliche Unterstützung durch das Land
- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen konsequent gegen Rassismus

Corona:

Günther scheitert erneut an seiner Großspurigkeit!

Corona ist nach wie vor das die Politik beherrschende Thema. Das war natürlich auch in der März-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages so, deren Kernpunkt am ersten Tag die Aussprache zu den Ergebnissen der letzten MPK war. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Die bitteren Versäumnisse bei der Beschaffung von Impfstoffen rächen sich jetzt und haben einen allzu hohen Preis: Sie kosten zusätzliche Menschenleben und Gesundheitsschäden und sie verlängern den Ausnahmezustand, der längst die Toleranzgrenzen vieler Menschen gesprengt hat.

Kurzarbeitergeld, Familienhilfen, Mitteleinsatz für Arbeitsplätze: Vieles hat in der Corona-Krise bisher gut geklappt. Das, was ausgerechnet in der Zuständigkeit des Bundesgesundheitsministers liegt, nicht. Hinzu kam der verheerende Skandal in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion um die Korruption von Abgeordneten, die mit der Krise persönlich abgesahnt haben.

Neben der mangelnden Impfdosenbeschaffung haben auch das Chaos im Impfmanagement und die monatelange Verzögerung bei der Einführung von flächendeckenden Schnelltests maßgeblich zu der Situation beigetragen, vor der wir jetzt stehen. Zu wenig, zu langsam und nicht zu Ende gedacht: So lässt sich das Management von Herrn Spahn zusammenfassen.

„Kurzarbeitergeld, Familienhilfen, Mitteleinsatz für Arbeitsplätze: Vieles hat in der Corona-Krise bisher gut geklappt. Das, was ausgerechnet in der Zuständigkeit des Bundesgesundheitsministers liegt, nicht!“



Was Andreas Scheuer dazu beigetragen haben soll, dass die Bundesländer ausreichend Schnelltests bekommen, bleibt nicht nur den Laien verborgen. Auffällig ist auch, dass wieder einmal kein Wort zu beschleunigten Hilfen durch Herrn Altmaier für die von der Pandemie besonders gebeutelten Branchen verloren wurde.

Das trifft neben vielen anderen auch wieder einmal die Gastronomie und die Tourismusbranche. Und hier zeigt sich am besten, wie unbelehrbar Daniel Günther ist. Wir haben ihn nun zum x-ten Mal davor gewahrt, Versprechungen zu machen,

von denen er schon vorher wissen musste, dass er sie nicht halten kann. Schlimmer als Beschränkungen selbst ist die ewige Enttäuschung, die er mit dieser Taktik bei den Betroffenen auslöst. Wir haben es schon aufgegeben mitzuzählen, wie häufig Daniel Günther mit seinen großspurigen Versprechungen auf die Nase gefallen ist. Auch dieses Mal war das wieder absehbar und da hilft es auch nicht, ausgerechnet den CDU-Fraktionsvorsitzenden Koch über die Presse die SPD beschimpfen zu lassen. Es gilt der sprichwörtliche Satz: Dumm ist, wer Dummes tut. All die Dinge, auf die wir in der letzten Landtags Sitzung hingewiesen haben, sind schließlich auch eingetreten.

Schon vor der Corona-Zeit war rumschnacken und nichts anpacken der Markenkern der Regierung Günther. Jetzt muss endlich Schluss sein mit der Politik haltloser Ankündigungen. Wir brauchen wieder eine verlässliche, verbindliche und nachvollziehbare Politik für die Menschen in unserem Bundesland. Die Regierung Günther kann das offensichtlich nicht.

Klar ist für uns auch, dass es einer größeren finanziellen Eigenleistung der Landesregierung zur Bewältigung der Corona-Krise bedarf. Es wird für die Zukunft nicht reichen, wenn Jamaika mit dem Finger immer nur in Richtung der Bundesregierung zeigt.“

Das war die Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=Ub6MU6h6M2k>

Werften:

Günther muss sich effektiver für unsere Werften einsetzen!

Schon lange sind die Werftenstandorte in Schleswig-Holstein aber auch insgesamt im Norden in allen fünf Bundesländern in schweres Fahrwasser geraten. Corona hat diese Situation nochmal verschärft.

Was können, nein, was müssen wir jetzt tun? Die SPD-Fraktion hat einen Antrag (Drs. 19/2848) eingebracht, mit dem wir unsere Werften und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen wollen. Dazu erklärt Serpil Midyatli:

„Wir fordern Daniel Günther auf, vor der nationalen Maritimen Konferenz einen schleswig-holsteinischen Werften-Gipfel mit der Branche, der IHKen, den HWK, der Gewerkschaften und den Standortkommunen auszurichten. Eigentlich steht Günther hier im Wort, denn auf den Werften-Gipfel, den er nach dem verpassten Auftrag für unsere Marine angekündigt hat, warten wir immer noch. Ich habe mein Wort unverzüglich gehalten und bin mit allen Betriebsräten und den Gewerkschaften nach Berlin gefahren, habe dort Gespräche mit Minister und Fachleuten geführt. Einen Teilerfolg können wir auch verzeichnen, dass nun Unter- wie auch Überschiffbau zu Schlüsseltechnologien gehören und somit Aufträge innerhalb Deutschland vergeben werden müssen.



„Einen Teilerfolg können wir verzeichnen, dass nun Unter- wie auch Überschiffbau zu Schlüsseltechnologien gehören und somit Aufträge innerhalb Deutschland vergeben werden müssen!“

Die Lage ist sehr ernst: In den letzten Monaten haben wir auf der FSG 300, bei German Naval Yards 134, auf der Nobiskurg Redsburg 130 und bei Gabler Maschinenbau 50 hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze verloren. Was wir jetzt dringend brauchen sind keine Ankündigungen mehr aus dem Bundesverteidigungsministerium, sondern Taten, die den Worten jetzt folgen müssen: Die Ausschreibungen sollten vorgezogen werden – und zwar zügig! Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Jeder Monat länger bedeutet die Vergrößerung der Unsicherheit darüber, ob die Arbeitsplätze und auch der Standort sicher sind. Daniel Günther, nun sind alle auf Sie zugekommen! Sie müssen jetzt das Angebot annehmen und sich für unser Land einsetzen, denn AKK muss nun die Aufträge endlich ausschreiben, auf die wir dringend warten!“

Das war die Landtagsrede von Serpil Midyatli: <https://www.youtube.com/watch?v=-4uMlOclzL0>

Tourismus:

Der Binnenlandtourismus braucht zusätzliche Unterstützung durch das Land!

Der Wirtschaftsmotor Schleswig-Holstein-Tourismus stottert. Ein Virus bremst uns auf der Überholspur unserer erfolgreichen Tourismusstrategie aus. Während im letzten Jahr an den Küsten unseres Landes nach dem ersten Lockdown im Frühling Boden gut gemacht werden konnte, gilt dies leider nicht für unser Binnenland – das touristisch gesehen immerhin 90% der Landesfläche ausmacht! Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag (Drs. 19/2766) zur Stärkung des Binnenlandtourismus in die letzte Landtagssitzung eingebracht. Dazu erklärt die tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Regina Poersch:

„Erst recht in Zeiten der Pandemie bewegen sich die Übernachtungszahlen im Binnenland auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Man darf sich da nicht von moderaten prozentualen Rückgängen in der Übernachtungsstatistik täuschen lassen.

Nach der Tourismusanalyse für 2021 plant zwar angesichts der Unsicherheiten der Pandemie nicht mal jeder zweite Bundesbürger eine Reise von mindestens 5 Tagen Dauer in diesem Jahr. Doch 33,9 Prozent wollen in Deutschland Urlaub machen. Wenn Urlaub, dann im eigenen Land. Auf der Beliebtheitskala findet sich Schleswig-Holstein auf Platz 3 hinter Bayern und Mecklenburg-Vorpommern und vor Niedersachsen wieder. Und wenn Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen im letzten Jahr ihre Marktanteile am Deutschland-Tourismus jeweils verdoppeln konnten, dann muss uns dies ein Ansporn sein. In Schleswig-Holstein haben wir nicht nur zwei wundervollen Küsten, sondern darüber hinaus jede Menge Süßwasser-Alternativen im Binnenland zu bieten! Weniger Konzentration auf die Küsten, mehr saisonale und regionale Verteilung und Besucherlenkung – das ist das Ziel auch unserer Tourismusagentur TA.SH. Dabei kommen auch neue Gäste, die unser Land gerade für sich entdecken. Darin liegt eine große Chance.



„Wir brauchen die Landgasthöfe! Sie sind ein ganz wichtiger Bestandteil der touristischen Infrastruktur im Binnenland und Orte der Begegnung im ländlichen Raum!“

Was aber, wenn im Binnenland weitere Hotels und Gaststätten schließen müssen, wie nicht nur der Hotel- und Gaststättenverband befürchtet? Wir haben die Situation der Gasthöfe schon im vergangenen Sommer zum Thema gemacht und ich bin froh über unseren seinerzeit gemeinsam gefassten Beschluss. Denn wir brauchen die Landgasthöfe! Sie sind ein ganz wichtiger Bestandteil der touristischen Infrastruktur im Binnenland und Orte der Begegnung im ländlichen Raum!

Wir wollen Landgasthöfe dabei unterstützen, in Umbauten, Erweiterungen oder Modernisierungen zu investieren. Deshalb brauchen wir zusätzliche Unterstützung des Landes, wir brauchen so ein Förderprogramm. Denn allein mit der Überbrückungshilfe III ist es nicht getan. Die Ü III berücksichtigt Kosten, die bereits entstanden sind. Mit anderen Worten: Um dort Investitionen geltend machen zu können, muss man erstmal investieren können. Das können viele Betriebe aber nicht! Der Binnenlandtourismus braucht uns!“

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen konsequent gegen Rassismus!

Als SPD sind wir traditionell tief vernetzt im Bereich der Antidiskriminierung und Antirassismusbearbeitung und unterstützen diesen Weg daher mit vollster Überzeugung. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag (Drs. 19/2851) eingebracht, mit dem wir uns den Formen der Diskriminierung und der Abwertung aufgrund des Aussehens, des Namens, der Kultur, der Religion oder der Abstammung entschieden entgegenstellen. Dazu erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion gegen Rechtsextremismus, Tobias von Pein:

„Dass so gut wie jeder Rechtsextremist auch ein Rassist ist, ist keine besonders sensationelle Erkenntnis. Es geht um was anderes, etwas ganz Grundlegendes: Rassistische Denkmuster sind in der Gesellschaft extrem weit verbreitet, auch bei Menschen, die vielleicht auf den ersten Blick mit rechtsextremem Denken und Handeln nichts zu tun haben. Das zeigen auch die Mitte-Studien der FES in Kooperation mit der Uni Leipzig immer und immer wieder. Auch unterbewusst reproduzieren sich die Denkmuster, mit denen die meisten von uns und in der so genannten „Mehrheitsgesellschaft“ sozialisiert wurden. Die wenigsten Menschen dürften vollkommen frei von jeglichen diskriminierenden Stereotypen sein. Deshalb ist ja politische Bildung, Aufklärung und Selbstreflexion so wichtig und wird zu recht eingefordert. Dazu passt die Problemanalyse der Aktivistin Trisha Nnadi aus einem Interview im Sommer 2020: „Rassismus sollte man als solchen benennen. Solange man ein Problem nicht thematisiert, gibt es keine Möglichkeit dagegen zu handeln. Es wäre schön, wenn weiße Menschen anfangen würden, einfach mal glauben würden, dass Rassismus existiert, statt zu versuchen, von Rassismus Betroffenen irgendwelche Befindlichkeiten zu unterstellen. Das hat nichts mit persönlichen Befindlichkeiten zu tun, das ist ein gesellschaftliches Problem.“

„Die wenigsten Menschen dürften vollkommen frei von jeglichen diskriminierenden Stereotypen sein. Deshalb ist politische Bildung, Aufklärung und Selbstreflexion so wichtig und wird zu recht eingefordert!“



Wir müssen also zuhören und dürfen Erfahrungsberichte nicht weiterhin zur Seite schieben, auch wenn einem selber die diskriminierenden Selbsterfahrungen fehlen. Nein anders: Gerade dann! Sonst betreiben wir victim-blaming, und das darf nicht sein! Gleichzeitig radikalisiert sich zunehmend mehr und gerade junge Menschen, fast ausschließlich männliche weiße, im Netz. Sie stiften sich gegenseitig an und werden zu einer immer größeren rechtsextremen Gefahr. Diese Subkulturen werden noch immer nicht richtig in den Blick genommen. Aber die Attentäter von Christchurch usw. kamen genau von hier. Dass sich solche Einstellungen vereinzelt auch bei Menschen finden, deren berufliche Aufgabe der Schutz unserer verfassungsmäßigen Ordnung und unseres Rechtsstaates ist, hat sich in den letzten Jahren immer wieder in der Polizei und in den Streitkräften gezeigt. Keine Frage: das ist eine Minderheit, aber wir müssen das endlich abstellen! Wer Rassist ist, hat in Polizei und Verwaltung nicht zu suchen!“

Impressum

Herausgeberin SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Heimo Zwischenberger Pressesprecher
Marie Strake Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**